



Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Rathausstraße 11
58095 Hagen

Telefon: 02331 207-5529

Fax: 02331 207-5530

E-Mail: fraktion@fraktion-hagen-aktiv.de

Internet: www.fraktion-hagen-aktiv.de

Hagen, 27. Februar 2013

Pressemitteilung (PM 003/2013)

Hagen Aktiv zur Verzichtsforderung an OB Dehm.

Im Rahmen ihrer Jahreshauptversammlung hat die Freie Wählergemeinschaft Hagen Aktiv über den Vorstoß der SPD-Fraktion, den Oberbürgermeister zu einem freiwilligen Amtsverzicht aufzufordern, intensiv beraten.

„Anhand unser dezidierten Anträge und Anfragen sowie unserer Kritik in Richtung des Oberbürgermeisters und des Verwaltungsvorstandes ist offenkundig, dass wir mit der inhaltlichen Arbeit der Verwaltungsspitze in zahlreichen Fällen unzufrieden sind“, so Fraktionschef Bücken einleitend. Nichtsdestotrotz betont Hagen Aktiv, dass ein wesentliches politisches Ziel der Freien Wählergemeinschaft der Weg der direkten Demokratie und somit die direkte Mitbestimmung der Bürgerschaft ist. „Das Amt des Oberbürgermeisters ist das höchste Organ, dass von uns Bürgerinnen und Bürgern unmittelbar gewählt werden kann, sodass wir das direkte Bürgervotum auch in diesem Fall als das höchste Gut ansehen und auch weiterhin bewahren werden,“ fährt Josef Bücken fort.

Die Freie Wählergemeinschaft erinnert daran, dass SPD und Grüne sich im Rahmen des Haushaltssanierungsplans gemeinsam mit Hagen Aktiv für den Erhalt demokratischer Strukturen eingesetzt haben. Auch wenn hierfür finanzielle Mittel aufgewendet werden müssen. Darüber hinaus verweist Hagen Aktiv darauf, dass die aktuelle Landesregierung sich derzeit zwar mit einer Gesetzesänderung im Hinblick auf die Zusammenlegung von Oberbürgermeister- und Kommunalwahl beschäftige, diese Gesetzesanpassung aber erst frühestens zum Jahr 2020 in Kraft treten wird.

„Selbstverständlich orientieren und handeln wir nach der aktuellen Rechtslage. Diese sieht eine Amtszeit des Oberbürgermeisters bis zum Jahr 2015 vor, so dass wir uns an politisch motivierten Grabenkämpfen nicht beteiligen werden,“ so die stellvertretende Vorsitzende Karin Nigbur-Martini. Einschränkend fügt der Fraktionsvorsitzende Bücken hinzu: „Sollte die Staatsanwaltschaft im Zuge der aktuellen Ermittlungen dem Oberbürgermeister ein schuldhaftes Fehlverhalten nachweisen können, erwarten wir vom Oberbürgermeister, dass dieser die notwendigen Konsequenzen zum Wohle unserer Stadt ziehen wird.“